

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrea Lederer und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/1262 —

**Deutschsprachige Dokumente unter den Akten des Irak zur Entwicklung
von Atomwaffen**

Laut Presseberichten sollen unter den Dokumenten, die der Irak den
UN-Beobachtern übergab, auch Dokumente in deutscher Sprache
gewesen sein.

Vorbemerkung

Zum Hintergrund der Tätigkeit der Sonderkommission der Ver-
einten Nationen in Verbindung mit der IAEO wird auf die Antwort
auf die Kleine Anfrage in Drucksache 12/1020 verwiesen.

1. Sind der Bundesregierung die Presseberichte bekannt?
Wenn nein, warum nicht?

Ja.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, vom 25. Oktober 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Hat die Bundesregierung Kenntnis über den in den Presseberichten dargelegten Sachverhalt?
Wenn nein, warum nicht?
Will sich die Bundesregierung die Kenntnis beschaffen?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, bis wann?
Wird die Bundesregierung ihre Kenntnisse unverzüglich an die Bundestagsabgeordneten weitergeben?
Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat noch keine über die Presseberichte hinausgehende Kenntnis von dem Sachverhalt, weil sie bislang von der IAEO oder der VN-Sonderkommission hierüber noch nicht unterrichtet worden ist. Dies ist darauf zurückzuführen, daß nach Auskunft von beiden Institutionen die Auswertung der im Irak beschlagnahmten Unterlagen mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird.

Die Bundesregierung hat den Vorsitzenden der VN-Sonderkommission bereits am 14. August 1991 förmlich um Überlassung aller vorhandenen und künftigen Erkenntnisse über die Mitwirkung Deutscher am irakischen Rüstungsprogramm in allen Bereichen (ABC- und Trägerwaffen) ersucht. Sie hat dieses Ersuchen mit besonderem Bezug auf die Erkenntnisse aus der Nuklearinspektion im Irak, die vom 19. September bis 2. Oktober 1991 stattgefunden hatte, erneuert. Sie wird auch weiterhin bemüht bleiben, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um an solche Erkenntnisse zu gelangen.

Sobald die Bundesregierung die von der Sonderkommission erhaltenen Unterlagen erhalten hat, wird sie in gebotener Weise, d. h. unter Beachtung der von der Bundesregierung auch gegenüber dem Parlament zu beachtenden Vorschriften (z. B. § 203 des Strafgesetzbuches und § 30 des Verwaltungsverfahrensgesetzes) den Deutschen Bundestag hiervon unterrichten.

3. Welchen Inhalt haben die deutschsprachigen Dokumente?
Was regeln sie?
Wie viele deutschsprachige Dokumente wurden gefunden?
Sind der Bundesregierung weitere Dokumente bekannt, die die irakische Regierung noch nicht zur Verfügung gestellt hat?

Umfang und Inhalt der deutschsprachigen Dokumente sind der Bundesregierung nicht bekannt, da sie hierüber bislang weder von der IAEO noch von der VN-Sonderkommission unterrichtet worden ist (siehe im übrigen die Antwort auf Frage 2).

Ferner verfügt die Bundesregierung über keine Erkenntnisse, ob es weitere solche Dokumente gibt, die sich noch im Besitz der irakischen Regierung befinden.

4. Wer sind die Urheber der Dokumente (Autoren, Unternehmen, Institutionen)?

Waren an der Erstellung der Dokumente offizielle Stellen der Bundesrepublik Deutschland (Behörden, Ministerien auf kommunaler, Länder- und/oder Bundesebene) beteiligt?

Wenn ja, welche Stellen an welchen Dokumenten?

Angaben über die Urheber der Dokumente können noch nicht gemacht werden, da die Bundesregierung hierüber noch nicht unterrichtet ist. Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

5. Welche bundesdeutschen Firmen sind Urheber der Dokumente oder werden darin genannt?

In welchem Zusammenhang werden sie genannt?

Auf die Antwort zu Fragen 3 und 4 wird verwiesen.

6. Ist den Dokumenten zu entnehmen, ob und wie viele bundesdeutsche Techniker, Fachkräfte und Experten im Irak oder an in den Irak gelieferten Waffen oder waffenfähigen Gütern beschäftigt waren?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

7. Befinden sich unter den Dokumenten auch solche, die Rüstungsexporte betreffen (bitte Aufzählung)?

Wenn ja, welche der genannten Fälle waren durch Bundesbehörden genehmigt?

Welche Fälle waren nicht genehmigt?

Was unternimmt die Bundesregierung, um darüber Kenntnis zu erhalten?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

